

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neuigkeiten) — (Niederwallauer Zeitung)

Anzeigen
kosten die einspaltige Kolonialschloß
oder deren Raum 15 Bfg.
für auswärtige Besteller 20 Bfg.
Reklamen 60 Bfg.

Bezugspreis
monatlich 80 Bfg., mit Bringer-
lohn 65 Bfg. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2,55 Mk.
auschl. Bestellgeld.

Fernruf Nr. 164.

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erscheint: Dienstag,
Donnerstag, Samstag
Druck und Verlag

Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.

Verantwortlicher Schriftsteller
Wilh. Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 164

Nr. 31.

Donnerstag, den 13. März 1919.

27. Jahrgang

Die Nationalversammlung.

(24. Sitzung)

Am Regierungstisch: Rothlein, Schmidt, Bell u. a.
Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um
2 Uhr 20 Min.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der
Abg. Müller-Breslau (Soz.), Gröber (Ztr.) und von
Fayr (Dem.), Sicherstellung der Ernährung
vorräte. Es heißt da v. a.: Die in Deutschland
greifbaren Ernährungsvorräte reichen nicht aus, das deutsche
Volk bis zur Eindringung der diesjährigen Ernte zu
ernähren; was gebietet die Regierung zu tun, um die
Ernährung des deutschen Volkes sicherzustellen?

Abg. Dr. Petersen (Dem.): Die Reichsregie-
rung muß mit absoluter Wahrheit und Klarheit dem
deutschen Volke sagen, wie die Lage ist. Andernfalls
müssen wir das moralische Gefühl unseres Volkes auf-
lockern, um die Lage zu verstehen. Die Arbeitseinstel-
lungen müssen aufhören, damit die vorhandenen Vor-
räte nicht aus Furcht vor der Unsicherheit vergeudet
werden, und damit die neue Ernte gesichert werde. Die
Beschlagnahme und Nationalisierung der Lebensmittelmittel
war ein absolut. Erfordernis. (Sehr richtig!) Die
Nahrungsmittel muß vorübergehend möglichst eingeschränkt
werden, bis das Vieh auf die Weide getrieben werden
und mehr Fleisch ansetzen kann. Die Milchherzeugung
für die Kranken, Mütter und Kinder müssen wir durch
bessere Organisation der Ablieferung der Milch an die
Molkereiwirtschaften sichern. Die Zwangswirtschaft
hängt uns in immer weitere Demoralisation hinein.
Wir fordern speziell die Aufhebung der Zwangswirt-
schaft für Fische und Eier. Die Eierherzeugung ist
gerade eine Frage und eine Lebensfrage geworden, und
die Fischherzeugung wird noch dadurch erschwert, daß
man jetzt den Gedanken der Sozialisierung der Seefische-
rei in die Massen geworfen hat; vor lauter Soziali-
sierungswut hungert unser Volk! (Sehr richtig!) bei den
Demokraten.

In Verbindung damit wird die Interpellation der
Abg. Krüger (Deutsch. Vp.) und Dr. Heinze
(D. Vp.) zur Befreiung gestellt, was die Regierung
zur Abstellung des Notstandes zu tun gedenkt, daß die
Ernte 1919 durch den Mangel an Arbeitskräften, Wet-
terleiden und Düngemitteln gefährdet ist und dadurch
die Ernährung für das Erntejahr 1919-20 noch mehr
wie zurzeit in Frage gestellt wird. Zur Begründung
nimmt das Wort:

Abg. Dr. Semmler (Deutsch. Vp.): Die deut-
sche Landwirtschaft hat während des Krieges Großes
geleistet. Sie hätte noch mehr leisten können, wenn
man ihr nicht die größten Nöten angedreht hätte. Die
Frage, ist die deutsche Landwirtschaft imstande, unser
Volk zu ernähren, kann dank der Leistungen unserer
Chemie reißlos bejaht werden. (Widerpruch links.) Wir
sind heute in der Lage, unsere Produktion um 40
Prozent gegenüber dem Jahre 1912-13 in die Höhe
zu bringen. Eingeführt haben wir nur 20 Proz. Getreide.
Eingeführt dürfen wir in der Produktion künstlicher
Düngemittel — vor allem in der Stickstoffherzeugung —
nicht nachlassen, und dann müssen die nötigen Arbeits-
kräfte für die Landwirtschaft herbeigezogen werden. Wir
sehen vor einer Katastrophe 1919-20, wenn in dieser
Beziehung nicht Abhilfe geschaffen wird. Wir müssen
Vorkehrungen treffen, daß wir in der Zukunft vom Aus-
lande unabhängig werden. Dazu muß zuerst Ruhe und
Ordnung geschaffen werden. Die Sicherheit der Land-
wirtschaftsberufe darf nicht durch bolschewistische Ein-
griffe oder Arbeiter- und Soldatenräte gefährdet werden.
Die Landwirtschaft kann nur gefördert werden durch
den Privatbetrieb, nicht durch Sozialisierung. (Beifall
rechts, Widerpruch links.)

Das Haus beschließt die gemeinsame Beiprägung
der Interpellationen.

Reichs Ernährungsminister Schmidt: Die Frage
der Interpellanten, ob unsere Ernährung bis zum näch-
sten Wirtschaftsjahr ausreicht, muß ich verneinen. (Hört,
hört!) Was soll nun geschehen, um den Fehlbetrag zu
bedecken? Es gibt zwei Wege. Einmal könnten die Na-
tionen noch weiter herabgesetzt werden. Das wird aber
nicht möglich sein; denn die Lebensmittelvorräte sind
schon so niedrig, daß eine weitere Herabsetzung nicht
möglich ist. (Allseitige Zustimmung.) Es bleibt also
nur übrig, den Fehlbetrag durch Einfuhr vom Auslande
zu decken. Redner erwähnt dann den Abbruch der letz-
ten Verhandlungen in Spaa und fährt fort: Trotz alle-
dem stünde es nicht so schlimm mit unserer Ernährung,
wenn nicht durch sinnlose Streiks und politische Un-
ruhen die Einfuhrmöglichkeit aus dem neutralen und
sogar aus dem feindlichen Auslande unterbunden wor-
den wäre. (Beifall, Hört, hört!) Wir hätten unseren
Volk mancherlei Erleichterungen schaffen können, wir
hätten Lebensmittel in nicht geringem Umfange — Reis

Getreide, Milch, Fleisch und Südfrüchte — einführen kön-
nen, wenn wir die nötigen Kompensationen dafür hät-
ten bieten können und zwar Kohle, Kalk und Eisen.
(Hört, hört!) Weil wir Kohle, Kalk und Eisen aber nicht
bieten konnten, sind uns diese Lebensmittel entgangen.
(Beifall, Hört, hört!) Bewegung. Zurufe: Die Schuld
der Unabhängigen! Das Vorkitzwischen liegt darüber.
Die Kohlenherzeugung beruht auf ganz schwanken-
der Grundlage. Das Ausland will aber nicht unser
entwertetes Geld, es will unsere Erzeugnisse. Gerade
deshalb trifft uns diese Art der politischen Agitation so
ungeheuer hart und ich frage mich verzweifelt: Sehen
denn unsere Arbeiter nicht, daß in der letzten Zeit jeder
Streik wachsende Härten auferlegt, und daß sie selbst
am schwersten darunter leiden müssen? (Zustimmung.)
Wenn dieser Zustand andauert, so weiß ich nicht mehr,
wie ich die Versorgung der Großstädte regeln soll.
(Hört, hört!) Ich sage es vor aller Öffentlichkeit, daß
ich die Verantwortung für die Ernährung der Städte
nicht mehr übernehmen kann, wenn auf der anderen
Seite nicht endlich Vernunft und Einsicht zurückkehren.
(Erneutes Hört, hört und Bewegung.) Schwere Sorge
macht auch die Ernährung der besetzten linksrheinischen
Gebiete, da die Lebensmitteltransporte einfach ausge-
raubt werden. Man wundere sich über den vielen Zulauf
im Schleichenhandel: Im Dezember sind allein wäh-
rend des Transports 4500 Zentner Zucker gestohlen
worden! (Hört, hört!) Jeder weitere Streik bedeutet die
Vernichtung des Reises unserer Volkswirtschaft. (Zust.) In
seinen weiteren Ausführungen gibt der Regierungsver-
treter bekannt, daß sich wahrlich die jetzige Fleisch-
ration nicht aufrecht erhalten lasse. Ohne die maßlosen
Schwarzschlachtereien wäre das vielleicht möglich gewesen.
Als Ersatz sollen Hülsenfrüchte gegeben werden. An der
Zwangswirtschaft für Brotgetreide müsse festgehalten
werden. In der Frage der Düngemittelbeschaffung
für die Landwirtschaft ist von der Regierung alles ge-
tan, um die Erzeugung zu heben. Aber die Streiks
hätten die Hoffnung auf ausreichende Versorgung ver-
nichtet. Der Minister schließt: Ich komme also zu dem
wenig befriedigenden Ergebnis, daß unsere Lebensmit-
telversorgung in diesem Jahre auf sehr unsicherer Grund-
lage steht. Aus dieser Bedrängnis kann nur eine ruhige
Wirtschaftsentwicklung im Innern und eine menschliche
Einstellung unserer Gegner uns retten. (Beifall links.)

Unterstaatssekretär Edler von Braun gibt einen
eingehenden Bericht über die Vorgeschichte der letzten
Verhandlungen in Spaa.

Abg. Schiele (Deutsch. Vp.) erstattet einen Be-
richt des Ausschusses für Volkswirtschaft über Arbeits-
markt und Landwirtschaft.

Abg. Blum (Zentr.): Es wäre schön, wenn man
die verfassunggebende Nationalversammlung auch eine
brotgebende Nationalversammlung nennen könnte. Ich
kann wohl für alle meine Berufsgenossen sprechen, wenn
ich sage, daß wir Landwirte unter keinen Umständen
streiken werden. (Beifall.) Es ist unserer aller Aufgabe,
die Erzeugungsfähigkeit des Bauernstandes zu för-
dern. (Sehr richtig.) Die Frucht der landwirtschaft-
lichen Produktion muß gesichert werden. (Beif.)

Abg. Burm (Unabh. Soz.): Die Statistik zeigt
erschreckende Zahlen über die wachsende Sterblichkeit.
Diese Hungersnot wird verschärft durch die Streiks
(Zurufe: Durch Ihre Schuld!). Der Regierung ist schon
seit Mitte Januar nahegelegt worden, die Forderungen
zu bewilligen.

25. Sitzung.

Am Regierungstisch: Wiffel, Schmidt, Bell u. a.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um
10 Uhr 20 Min. mit dem Vorlesen einer Mitteilung des
Stabes des freiwilligen Landesjägerskorps an die Na-
tionalversammlung, wonach die Beerdigung des in
Halle getöteten Oberleutnants von Klä-
ber am Dienstag Nachmittag 3 Uhr stattfindet. Dann
fährt der Präsident fort: Meine Damen und Herren!
Oberleutnant von Kläber ist beauftragt gewesen, mili-
tärische Maßnahmen zum Schutz der Nationalversam-
lung in und um Weimar zu treffen. Er hatte sie in
mühseligster Weise besorgt. Sein Tod in Halle ist
auch erfolgt im Dienst für die Ordnung und damit für
das Vaterland, im Dienst für die Nationalversam-
lung. Er ist in beständiger Weise hingemordet wor-
den. (Bewegung.) Bei diesem Anlaß gedenken wir auch
mit schmerzlicher und herzlicher Teilnahme der blutigen
Opfer, welche die Kuffländer in Berlin unter unsern tap-
feren Soldaten und unter den draven Schutzleuten gefor-
dert haben. Auch sie sind im Dienst der Ordnung und
damit des Vaterlandes in die Ewigkeit hinübergegan-
gen, gefallen oder auch zum Teil hingemordet. (Be-
wegung.) An der Leichenfeierlichkeit des gemordeten
Oberleutnants v. Kläber wird sich die Nationalversam-
lung beteiligen. Eine Abschiedsrede bestehend aus dem

Abg. Präsidenten Hausmann, dem Schriftführer Dr. Wiffel
und dem Abgeordneten Grafen zu Dohna wird sich
hernach nach Halle begeben und dort die Nationalver-
sammlung vertreten. Präsident Hausmann wird im Na-
men der Nationalversammlung einen Kranz zu Ehren
des Verstorbenen niederlegen. (Die Mitglieder der Na-
tionalversammlung haben diese Worte des Präsidenten
lehnend angehört.)

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfra-
gen. Abg. Hausmann (Soz.) weist auf die unzu-
reichende Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffel-
n hin und fragt die Regierung, was sie zu tun ge-
denke, um die Kartoffelbestände, die auf dem Lande viel-
fach verborgen gehalten werden, reißlos zu erfassen.

Reichs Ernährungsminister Schmidt: Die Gründe
dafür, daß die Abgabe der Bodenration von 5 Pfd.
nicht überall stat finden kann, liegen hauptsächlich in
den Transportschwierigkeiten. Eine reißlose Erfassung
der Kartoffelbestände auf dem Lande läßt sich zurzeit
schon deshalb nicht ermöglichen, weil die Kartoffeln in
den Meilen noch am sichersten vor dem Verderben be-
wahrt werden. Sobald frostfreies Wetter zu erwarten
ist — Anfang April — werden die Transporte in ver-
stärktem Maße wieder aufgenommen werden.

Abg. Giffing (Ztr.) beklagt sich über die An-
ordnung des Bochumer Arbeiterrats, wonach bei den
Neuwahlen des Arbeiterrats die nicht-
sozialistische Arbeiterschaft ausgeschlossen werde.

Schleimrat Trendelenburg: Aus den Rich-
linien des Zentralrats für die Wahlen zum zweiten
Stichtag geht hervor, daß Mitglieder aller politi-
schen Parteien Wahlen vorschlagen können. Die An-
ordnung des Bochumer Arbeiterrats widerspricht
diesen Bestimmungen und ist daher ordnungswidrig; die
hierzu vorgenommenen Wahlen würden für ungültig
erklärt werden müssen.

Nach Erledigung der Anfragen folgt die Inter-
pellation der Deutschen Nationalen, die fragt, mit wel-
chem Recht verschiedene Einzelstaaten tiefe Ein-
griffe in den Religionsunterricht vor-
genommen haben und ob die Reichsregierung dazu Stellung
nehmen will.

Abg. Die Mumm (Deutsch. Vp.) begründet die
Interpellation. Er wurde durch ein eigenartiges Zwi-
schenpiel unterbrochen. Es war kein Regierungsvertre-
ter, da, der die Interpellation beantworten konnte. Es
wurde, damit die Interpellation nicht abgesetzt zu wer-
den brauche, für einen späteren Termin eine formu-
lierte Erklärung der Regierung in Aussicht gestellt. Nach
einer Geschäftsordnungsdebatte, in der der Reichsmini-
ster der Kolonien das Reichsministerium gegen den Vor-
wurf einer Rücksichtslosigkeit in Schutz nahm, beschloß
das Haus, zunächst den Beirater der Interpellanten
weiter zu hören. Der Abg. Mumm fuhr dann
auf in seiner Begründung fort. Obgleich er sehr weit-
läufig wurde, genügt doch die Zeit seiner Rede nicht,
um die politische Regie der Reichsregierung so arbeiten
zu lassen, daß mittlerweile ein Vertreter des Reichsmini-
steriums des Innern als der zuständigen Behörde hätte
herbeigerufen werden und die Interpellation beantwor-
ten können.

Infolgedessen beantwortete Reichsminister der Ko-
lonien, Dr. Bell, indem er folgende formulierte Er-
klärung vorlas: Die Reichsregierung hat den Gegenstand
der Interpellation eingehend durchgesehen und die Ant-
wort in einer formulierten Erklärung festgelegt. Der
Reichsminister des Innern, der in bringenden Reichs-
angelegenheiten nach Berlin berufen worden ist, hat
leider wegen der Verkehrsschwierigkeiten nicht rechtzeitig
hier erscheinen können. Im Namen der Reichsregierung
habe ich folgende Erklärung abgegeben: Wie die In-
terpellanten bekannt ist, besteht das Reich gegenwärtig
seiner Zuständigkeit auf dem Gebiete des Unterrichtswe-
sens. Selbst wenn daher, wie in der Interpellation be-
hauptet wird, gegen Recht und Gesetz einzelne Ab-
weichungen tiefen Eingriffe in die bisherige Regelung des Re-
ligionsunterrichts vorgenommen oder für das mit Oheim
beginnende neue Schuljahr vorgesehen hätten, wäre die
Reichsregierung nicht in der Lage, hierzu Stellung zu
nehmen. (Hört, hört rechts.) Inwiefern in der Reichs-
verfassung normative Bestimmungen über das Unter-
richtswesen in den verschiedenen deutschen Ländern aus-
genommen sind, wird bei Beratung der Artikel 30 und
31 des Entwurfs einer Reichsverfassung im Verfas-
sungsausschuß zu prüfen sein. Auf diese Erklärung muß
sich die Reichsregierung bei der gegenwärtigen Rechts-
lage, insbesondere nach dem geltenden Verfassungsrecht,
beschränken.

In der Debatte wendet sich Hausmann (Soz.) ge-
gen die Interpellanten. Als er die Kirche als eine
nur vorübergehende Erscheinung bezeichnet und die Be-
stimmung des Religionsunterrichts fordert, erhebt sich

lebhaft Widerspruch bei der Rechten und im Zentrum. Er hält fest an dem Grundsatz, daß die Schule lückenlos sein soll. (Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. Mausbach (Ztr.) teilt den Standpunkt der Interpellanten im wesentlichen und verlangt den Religionsunterricht als ein Teil des Lehrplans der Volksschule. Vom Reich könne auf die Bundesstaaten freundlich eingewirkt werden. Eine Kirchen- und Schulpolitik a la Adolf Hoffmann würde Deutschland dem völligen Untergang entgegenführen. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Die christliche Religion ist eine soziale Macht, der höherer geistliche Anerkennung gebührt als den Rechten einzelner. Redner schließt: Nur eine feste Entfaltung der Kräfte im Dienste des gesamten Volkes und gerechte Anerkennung aller gesellschaftlich erwachsenen und sozial erprobten Vorkämpfer, auch im religiösen Körperlichkeitswesen, kann uns über die furchtbare Krise im inneren und äußeren Volksleben hinwegführen. (Beifall im Zentrum.)

Hierauf werden die Verhandlungen um 1.15 Uhr auf 3 Uhr nachmittags vertagt.

(Nachmittags-Sitzung)

Um 3.15 Uhr wird die Besprechung der Interpellation fortgesetzt.

Abg. Weiß (Dem.) will das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in möglichst religionsfreundlichem Sinne gelöst haben. Der Religionsunterricht sollte nicht aus der Schule herausgenommen, sondern eine durchgreifende innere Reform durchgeführt werden. (Beifall bei den Dem.)

Abg. Dr. Bölsch (Deutsch. Vp.) ist mit der Regierungsverpflichtung nicht zufrieden. Redner fordert die christliche Volksschule und den christlichen Unterricht in der Volksschule.

Abg. Runder (D. V.) fordert Gewissensfreiheit für Lehrer und Kind. Ein Moralunterricht, der nicht das Christentum zur Grundlage habe, könne kein Religionsunterricht sein. Die Religion muß unserem Volk erhalten bleiben.

Ministerpräsident Scheidemann betont, daß der Regierung eine Obstruktion fernzulegen habe. Der zuständige Minister sei in wichtigen Angelegenheiten in Berlin gewesen und konnte nicht rechtzeitig zur Stelle sein.

Abg. Frau Pies (U. S.) prophezeit allen Religionen den Untergang und stellt ihnen die Weltanschauung des Sozialismus gegenüber. Sie fordert Trennung von Kirche und Staat.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 2 Uhr. Zweite Lesung des Sozialisierungsgesetzes. Schluß 5.30 Uhr.

Zur Lage im Reich.

Lichtenberg.

Von spartakistischer Seite wird aus Lichtenberg lebhaft mit Minenwerfern und zum Teil auch mit Artillerie geschossen. Die Truppen, die Lichtenberg in einem ziemlich engen Halbkreis umschließen, sind noch nicht weiter vorgedrungen, sondern auf den gleichen Punkten stehen geblieben und suchen hinter der Front die Häuser nach Waffen und Munition ab. Das Ergebnis der bisherigen Entwaffnungsaktion ist befriedigend. Es ist eine geradezu unglaubliche Menge von Gewehren und Maschinengewehren beschlagnahmt worden. Im Marinenhause allein sind über 4000 Gewehre, 126 Maschinengewehre, 2 Geschütze und eine geradezu verblüffende Menge von Verpflegungsvorräten gefunden worden.

Bestien.

Ein Spartakist rühmte sich, die Schlacht in der Landsburger Allee erlebt zu haben. Sechs Gefangene habe man mit Stricken fest zusammengebunden und dann beraten, was mit ihnen zu tun sei. Nachdem man einige Vorschläge vorzulegen hatte, sei schließlich in Gegenwart der sechs Soldaten beschlossen worden, alle sechs mit Handgranaten zu töten. Zu diesem Zwecke habe man sechs Handgranaten an den Soldaten befestigt und dann abgezogen. Von den Soldaten sei, so rühmte sich der Unmensche, nichts übrig geblieben.

Note Rosen.

Roman von G. Courths-Mahler.

30)

(Nachdruck verboten.)

Ros saßen sie sich gegenüber. Graf Rainer sah eine Weile dem Rauch seiner Zigarette nach. Dann sagte er aufatmend:

„Also — ich muß Ihnen noch etwas mehr Arbeit aufbürden. In den nächsten Wochen muß das Witwenhaus instand gesetzt werden, und sobald dann Gräfin Gerlinde übergesiedelt ist, gibt es hier im Schloß auch noch dies und das zu tun. Am 10. Juli ist meine Hochzeit bereits, und ich gedenke, nach meiner Rückkehr von der Hochzeitsreise, so etwa Anfang August wird das sein, die Zimmer des verstorbenen Grafen Nothmann im Westflügel zu beziehen. Für meine Frau muß dann noch mancherlei in den bisherigen Zimmern der Gräfin Gerlinde vorgerichtet werden. Wir besprechen das noch ausführlich. Ich werde also Ramberg gerade in der Erntezeit verlassen. Wenn ich auch meine Hochzeitsreise nur auf vier Wochen bemessen habe, so können Sie doch in all der Zeit nicht viel auf mich rechnen. So viel wie im vorigen Jahre kann ich Ihnen nicht helfen. Wird es Ihnen nicht zu viel werden?“

Heilmann wehrte ab.

„Was gehen muß, das muß gehen, Herr Graf. Keine Sorge darum. Graf Nothmann ist ja auch oft den ganzen Sommer mit der Frau Gräfin auf Reisen gewesen, und es hat auch gehen müssen. Man tut mal ein bißchen mehr als seine Pflicht, und bei einem so gütigen und gerechten Herrn wird einem das nicht sauer. Also machen Sie sich keine Gedanken darüber, Herr Graf.“

„Nun gut — mein Gewissen habe ich nun Ihnen gegenüber erleichtert“, scherzte Graf Rainer.

Heilmann lachte. Und dann fragte er mit sichtlicher Befriedigung:

„Was wann wünscht die Frau Gräfin das Witwenhaus in Ordnung zu haben?“

„Ich habe noch nicht mit ihr darüber gesprochen. Es wird mir schwer, dies Thema zu berühren. Aber

den. An einer anderen Stelle haben Spartakisten Vieh aus den Waggons geworfen und dann, als die Tiere die Beine gebrochen hatten und nicht mehr laufen konnten bei lebendigem Leibe zerstückelt.

Das Standrecht.

Am Hauptort der Truppe wurde von Truppen der Garde-Kavallerie-Schützenbrigade ein bewaffneter Spartakist festgenommen, der u. a. für 800 000 Mark gestohlene Zinnsen bei sich hatte. Er wurde unter dem Standrecht sofort erschossen.

Oberschlesien.

Wie der Telegraphen-Union aus Oppeln mitgeteilt wird, streiken von 65 Gruben 37 und außerdem noch zwei Hüten. Der Betrieb auf dem Zinkwerk „Neue Helene“ ist durch Spartakisten stillgelegt worden. — Der Streik breitet sich in Oberschlesien immer mehr aus. Es kommt immer häufiger zu Unruhen, die teilweise einen blutigen Verlauf nehmen.

Eine Wahnsinnstat.

Eine wahnsinnige Tat beging nach einer Meldung aus Mülheim (Ruhr) die Hochofenarbeiter der Friedrich-Wilhelmshütte (Deutsche-Lurmburg), indem sie infolge von Differenzen bei der Lohnauszahlung kurzerhand sämtliche Hochöfen ausbliesen. Dieses Vorgehen, das das Werk ein Verhängnis kostete, wurde von der revolutionären Arbeiterschaft und den hinter ihr stehenden Parteien in einer öffentlichen Versammlung ausdrücklich verurteilt.

Die Stimme der Vernunft.

In einer in Senftenberg (Nieder-Lausitz), abgehaltenen Konferenz der Braunkohlenwerke wurde der „Märkischen Volksstimme“ zufolge einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Sozialisierungsvorlage der Regierung begrüßt und zuvörderst die Demotaktisierung der Betriebe gefordert wird. Die Bergarbeiter lehnen es aber ab, Experimente vorzunehmen, die geeignet sind, das Wirtschaftsleben noch mehr zu verwirren, und verurteilen ebenso die von gewissenlosen Seite betriebene Hege gegen die Gewerkschaften. Die Führer rufen an alle Arbeiter des Braunkohlenbergbaues die dringende Aufforderung, sich nicht mehr zu planlosen Hegen und Streiks mißbrauchen zu lassen.

Der Waffenstillstand.

Die Lebensmittelfrage.

Marshall Koch hat am 10. März der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa folgende Note übergeben lassen:

Die alliierten Regierungen haben beschlossen, daß ihre Vertreter in beschränkter Anzahl unter dem Vorbehalt des Admirals Wemyss in Brüssel am 13. März mit den Vertretern der deutschen Regierung zusammentreffen, um ihnen ihre Entscheidung über die deutsche Handelsflotte und die Lebensmittelversorgung Deutschlands zu übermitteln und um die damit zusammenhängenden Finanzfragen zu regeln. Die Stunde des Zusammentreffens wird später festgesetzt werden. Es wird gebeten, die deutsche Abordnung eiligst zu benachrichtigen.

Die deutsche Abordnung reiste am Dienstag Abend über Spa nach Brüssel ab.

Über die Konferenz zur Erörterung der Ernährungsfrage Deutschlands teilt Reuters Sonderberichterstatter aus Paris mit, daß am 8. März während der Sitzung des Beirats ein Telegramm von General Plumer, dem Befehlshaber der britischen Streitkräfte am Rhein, eingetroffen sei, in dem dieser dringend dazu aufgefordert habe, die unter seinen Augen lebende Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versehen, um Unordnung zu verhüten und auch aus Gründen der Menschlichkeit. Das Telegramm Plumers habe einen solchen Eindruck gemacht, daß der Rat alle seine Einsprüche zurückgezogen und beschlossen habe, seine Maßnahmen für die

in den nächsten Tagen wird sich wohl eine Gelegenheit dazu geben. Heute Abend habe ich der Frau Gräfin nur kurz die Nachricht von meiner Verlobung überbringen können. Sie hatte starkes Kopfschmerz und mußte sich zur Ruhe begeben.“

Heilmann machte sich über dieses Kopfschmerz seine Gedanken. Aber die Sprache er nicht aus. Er freute sich nur sehr, daß in Ramberg eine andere Herrin einzuziehen würde. Gegen Gräfin Gerlinde hatte er einen tiefen, ehrlichen Groll, weil sie, wie er nur zu gut wußte, dem Grafen Nothmann das Leben so schwer gemacht hatte.

Die beiden Herren besprachen noch allerlei, und dann zog sich Heilmann zurück.

Graf Rainer ging hinüber in den Speisesaal. Das war ein mächtiger hoher Raum, bis zur halben Höhe mit einer kostbaren Holzvertäfelung versehen. In langen Reihen standen ringsum an den Wänden die hohen Sessel, die nur gebraucht wurden, wenn Gäste im Schloß waren. Wichtige Kredenzen und Silbergeschänke waren direkt in die Wände eingebaut. Wie verloren stand in diesem weiten Raum die kleine runde Tafel, die für zwei Personen gedeckt war. Sie war in eine zurückgebaute Nische gerückt, die mit einem schweren, gobelinartigen Vorhang, der an Ringen über eine Messingstange lief, abgeschlossen werden konnte, so daß dann ein kleiner Raum entstand.

Hier pflegte Graf Rainer mit Gräfin Gerlinde die Mahlzeiten einzunehmen. Heute sah er allein. Der Diener schloß den Vorhang, sobald er Platz genommen hatte. Einsam nahm er das Souver ein und dachte an Josta. Wie lieb würde es sein, wenn sie ihm hier gegenüber saß und heiter und froh mit ihm plauderte.

„Liebe kleine Josta“, dachte er zärtlich.

Am nächsten Morgen sah Gräfin Gerlinde sehr bleich und elend aus. Dunkle Ringe lagerten um ihre Augen und sprachen von den Qualen, die sie in dieser Nacht erduldet hatte. Nun war sie scheinbar still geworden; aber wohl nur, weil ihr die Kraft fehlte, weiter zu kämpfen. Eine milde Resignation hatte sich ihrer vorläufig bemächtigt. Sie sah ein, daß sie nichts

Verförmung Deutschlands mit Lebensmitteln fortzusetzen und die Verhandlungen in Spa wieder aufzunehmen.

Der „Daily Telegraph“ erzählt, daß Aussicht für die Beschaffung der Vorräte an Lebensmitteln zur Versorgung sowohl der Alliierten als auch der feindlichen Völker bis zur nächsten Ernte hinreichend besteht, daß die Organisation dafür gesichert sei und daß die Finanzierung keine Schwierigkeiten bereite.

„Daily Mail“ sagt zu den Berliner Kämpfen: Wenn die Alliierten nicht die sichere Überzeugung haben, daß die Regierung Ebert der Unruhen endgültig Herr werden wird, müssen sie natürlich weitgehende Garantien zur Sicherstellung ihrer Forderungen zu erlangen suchen. Die Konfessionen, die einer festen Regierung gemacht werden können, sind natürlich unbedenklich, wenn in Deutschland andauernd zwei Parteien um die Macht ringen. Ein bolschewistisches Deutschland werden die Alliierten nie mit Lebensmitteln versorgen. Man kann daher der deutschen Regierung nur raten, dem anarchoistischen Treiben im Inlande und der anarchistischen Propaganda im Auslande eifrig einen Riegel vorzuschieben.

Die Pariser Konferenz.

Der Oberste Kriegsrat, der die Größe des deutschen Heeres festlegte, bestimmte endgültig die Zahl der Geschütze, Maschinengewehre und Gewehre, die Deutschland behalten darf und beschloß, daß Deutschland keine Tanks und keine Kriegsschiffe haben darf. Es darf nur 16 000 Maschinen zurückbehalten und wenige Flugzeuge besitzen. Die Vorräte an Material und Munition, die die festgesetzten Mengen überschreiten, müssen vernichtet und dürfen nicht ersetzt werden. Der Rat beschloß, den kleinen Mächten in der Finanzkommission 6 Vertreter und in der Wirtschaftskommission 7 Vertreter zuzugestehen.

Merke! Nachrichten.

Die Versorgung der Rheinlande.

Der Nationalversammlung ist folgende Anfrage des Abg. Falk zugegangen: „Auf meine in der ersten Sitzung der Nationalversammlung am 19. Februar 1919 vorgetragene Bitte, die Reichsregierung möge dafür Sorge tragen, daß die Rheinlande genügend mit Brotgetreide, Mehl und Fett versorgt würden, erwiderte Herr Reichsminister Erzberger, es sei lediglich eine Etodung in der Sendung eingetretten. Gleichwohl sollen bis heute, abgesehen von geringen Nachlieferungen rückständiger Mengen, in gendwelsche Zuweisungen weder in Mehl noch in Fett erfolgt sein. Ist das richtig? Welche Maßnahmen will die Reichsregierung ergreifen, damit die Bevölkerung der Rheinlande sofort und dauernd mit Fett und Mehl versorgt wird?“

Gegen den Rubel..

Der Nationalversammlung wird eine Gesetzesvorlage zugehen, welche geeignet ist, der Finanzierung der spartakistischen Bewegung durch russische Geber entgegenzuwirken. Nach der Vorlage ist in der Folge der Einfuhr, Durchfuhr- und Ausfuhrhandel mit Geldscheinen, die auf Rubel lauten, verboten, also von Banknoten, Kreditkarten, Münzen u. Der Verkehr mit Zahlungsmitteln dieser Art wird nur durch die Reichsbank gestattet.

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Parteien sind, wie aus Weimar gemeldet wird, übereingekommen, die Sozialisierungs-gesetze möglichst noch in der laufenden Woche zu verabschieden und am Donnerstag das Pleum auf eine Woche zu vertagen, damit der Verfassungs-schluß Zeit für seine Arbeiten gewinnt. Die Vorlage von der Regierung in Aussicht gestellten Entwurfe über Arbeiterrecht, Arbeiterämter, Militärgerichtsbarkeit werden

tun konnte, um Graf Rainers Verlobung anzusehen. Aber auch durch diese Resignation löste ein verhaltene Feuer, das alles verbrannte, was noch gut und edel in ihrer Seele gewesen war. Und dies Feuer hatte der glühende Haß entzündet, der in ihr erwacht war der Haß auf Graf Rainers junge Braut.

Das eine stand fest bei ihr, daß sie nicht ruhig und tatenlos zusehen würde, wenn Graf Rainer mit seiner jungen Frau glücklich wurde.

Gräfin Gerlinde gehörte nicht zu den seltenen, groß angelegten Frauennaturen. Denen das Glück des geliebten Mannes über das eigene geht. Glücklich hätte er nach ihrem Wunsche nur werden dürfen, wenn sie selbst ihm dieses Glück bereiten konnte. Aus einer anderen Hand als der ihren, sollte er kein Glück empfangen. Und so fühlte sie schon jetzt die Bestimmung in sich, der Störenfried zu sein, der diese junge Ehe nicht zum Gedeihen kommen lassen würde. Sie wurde von dem festen Willen beherrscht, Josta so viel böse Stunden in Ramberg zu schaffen, als es in ihrer Macht stand. Aber — um hier in Ramberg Einfluß zu behalten, um ihre Pläne ausführen zu können, mußte sie jetzt Rainer eine Komödie vorspielen. Er durfte weder ahnen, daß sie ihn liebte, noch daß sie Josta haßte. Sonst würde er ihr Mißtrauen entgegenbringen und seine Frau vor ihr zu schützen wissen. Sie mußte ihn in Sicherheit wiegen, mußte sich um jeden Preis sein Vertrauen und seine Freundschaft erhalten und sich ihm im Lichte der treuen, uneigennütigen Freundin zeigen.

Einen einzigen Trost hatte sie in all ihrem Elend, daß diese Verbindung nicht aus gegenseitiger Liebe geschlossen wurde. Und was sie tun konnte, wollte sie tun, um die beiden Gatten mehr und mehr auseinander zu treiben. Dann kam vielleicht der Tag, wo Graf Rainer es als eine drückende Fessel empfand, an Josta gebunden zu sein, dann sehnte er sich vielleicht nach Freiheit, und dann —

Sie streckte die Arme wie in wilder Sehnsucht von sich.

(Fortsetzung folgt.)

Am 20. März ab beraten und sollen die Kämpfe April zur Beratung gelangen. — Ob eine Ueberweisung der Nationalversammlung nach Berlin nach dem möglich ist, läßt sich zurzeit noch nicht bestimmen. Die Reichsregierung verbleibt vorläufig noch in Weimar und wird wahrscheinlich endgültig nach Berlin erst Anfang April wieder zurückkehren. Einige Reichsminister, die in Weimar abkömmlich sind, kehren in dieser Woche nach Berlin zurück.

Die verläutet, beabsichtigt General v. Lettow-Borbeck über die Kämpfe der deutschen ostafrikanischen Schutztruppe in Ostafrika während des Weltkrieges ein Buch herauszugeben, um die Deutsches von den schweren Kämpfen seiner Heldentat zu unterrichten. Zurzeit ist der General mit der Erstellung eines eingehenden Berichtes über die Kämpfe an seine vorgeordneten Dienststellen beschäftigt.

Reichsfinanzminister Schiffer ist gegenwärtig mit der Vorbereitung und Ausarbeitung der neuen Steuerentwürfe beschäftigt, die der Nationalversammlung in den nächsten Wochen vorgelegt und von ihr noch vor der Osterpause zum mindesten in erster Lesung beraten werden sollen. Das umfangreiche Steuerbüchlein wird neben einer Einkommensteuer u. a. eine Tabak- und Zündholzsteuer enthalten.

In den letzten Tagen haben in Weimar zwischen Vertretern der Reichsregierung und solchen der süddeutschen Einzelstaaten Verhandlungen über die Vereinheitlichung des Verkehrs- und Verkehrsverkehrs stattgefunden, die unter der Voraussetzung, daß Preußen dieser Vereinheitlichung und der Befreiung von Sonderrechten zustimmt, die Aussicht auf eine günstige Entscheidung noch vor dem Abschluß der Verhandlungen der Verfassungskommission bieten.

Unsere Schuldenlast.

Nach der Rechnung des Finanzministers Schiffer werden wir 19 Milliarden jährlich an Steuern aufzubringen haben, um unsere Verpflichtungen im Ausland und nach außen nachzukommen. Wir gehören zu denen, denen diese Rechnung allzu optimistisch erscheinen wird. Schuld haben die unheimliche Tendenz zum Wachstum. Die 161 Milliarden bereits im einzelnen genau nachweisbarer Schulden, von denen Herr Schiffer sprach, können nicht die Gesamtheit unserer Verbindlichkeiten umfassen, schon weil in sie nicht alles hineingerechnet sein kann, was Einzelstaaten, Provinzen und Gemeinden an neuen ungeheuren Lasten auf ihre Schultern haben nehmen müssen. So kann man sich nicht wundern, wenn neben der Schiffer'schen Schuldenliste, die allerdings den Anspruch der Ausführlichkeit erheben darf, immer wieder andere und widerstrebende Berechnungen einhergehen, die zum Teil die Höhe von 200 Milliarden überschreiten. Aber selbst, wenn der Reichsfinanzminister Recht hätte, darf der von ihm herausgerechnete Jahresbedarf von 19 Milliarden angezweifelt werden. Man kann freilich sagen, daß es in einem hiengeht, ob man von 19 oder ungefähr von 25 Milliarden spricht; denn die Frage, wie 19 Milliarden fest für ein Jahr aufgebracht werden sollen, damit wir uns nur gerade im Gleichgewicht halten, ist schließlich nicht viel leichter zu beantworten, als die, woher wir 25 Milliarden nehmen werden. Herr Schiffer hofft ja, wir werden es schaffen können. Inzwischen verlohnt es sich jedenfalls, unsere finanzielle Lage einmal ganz nüchtern zu überprüfen. Wir müssen dabei von der sicheren Voraussetzung ausgehen, daß unsere Schulden noch beträchtlich zunehmen werden. Wir wissen ja noch nicht, welche Riesensummen die Entente für den Wiederaufbau von Belgien und Nordfrankreich fordern wird. Man scheut sich, annähernd eine Zahl zu nennen, aber darauf müssen wir uns gefaßt machen, daß es Dutzende von Milliarden sein werden.

Im Vorwärtis rechnet ein Finanzmann aus, daß einschließlich dieser Kosten für Belgien und Nordfrankreich eine Schuldenlast von 250 Milliarden herauskommen wird. Nun betrug bei Kriegsausbruch das Vermögen der Privatwirtschaften (nach Helfferich) 285 Milliarden, das Vermögen von Reich, Staaten und Gemeinden (abzüglich Schulden) 25 Milliarden. Das gesamte deutsche Volksvermögen mithin 310 Milliarden. Bei Friedensschluß sind bestenfalls anzusetzen: für das Vermögen der Privatwirtschaften 350 Milliarden, für das Vermögen von Reich, Staaten und Gemeinden 25 minus 250 Milliarden = minus 225 Milliarden. Das deutsche Volksvermögen wäre somit von 310 Milliarden auf 350 minus 225 Milliarden = 125 Milliarden gesunken. Bei Abtragung von Elaf-Verbindungen würde sich das Volksvermögen weiter auf 115 Milliarden vermindern. Und von diesen 115 Milliarden wird die Hälfte dazu verwendet werden müssen, die Renten für die Kriegseinsatzfähigen und Kriegshinterbliebenen herauszufinden. Selbstverständlich würden wir zunächst dann versuchen, die Zahlungen an unsere Feinde weiter zu leisten. Wie aber könnten wir den sonstigen Bedarf des Reiches einschränken? Ein Staatsbankrott hätte wenig Zweck. Denn da die große Masse der Staatsgläubiger durchschnittlich fünf Sechstel ihres Einkommens in die öffentlichen Kassen abzuführen hat, würde eine Einstellung der Zinszahlung die Einnahmen des Reiches fast ebenso stark vermindern wie die Ausgaben. Eine Kürzung der Renten an die Kriegseinsatzfähigen und Kriegshinterbliebenen würde aber die Armenlasten steigern; eine Kürzung der Gehälter und Löhne der Beamten und der öffentlichen Angestellten und Arbeiter würde ähnliche Wirkungen zeitigen, und eine Kürzung von Schulen und dergleichen würde dann doch früher oder später kommen, in dem wir auch unsere Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Feinden nicht mehr nachkommen können. Was dann? Unsere Lage wäre sicher furchtbar; aber sie wäre nicht verheerender, als sie es heute ohnehin ist. Wir haben uns gegenüber der Entente verpflichtet und wir müssen im eigenen Interesse alles aufbieten, um diese Verpflichtungen loyal zu erfüllen.

Baumaterial

sofort beschaffbar

Anfragen an:

Ambt. II K.

Charlottenburg 9.

Gegen die Heiserkeit.

In diesen Märztagen, die noch nicht recht wissen, ob sie zum Winter oder bereits zum Frühling gehören, verursacht solches Schwanken der Natur bei den meisten Menschen Gesundheitsstörungen. Meist handelt es sich um die verschiedenen Erscheinungen der Katarrhe, wozu noch kommt, daß sich die letzten Nachwehen der Grippe erfolgreich mit der Natur zu einem Angriff auf die Menschheit vereinigen. Ein Glück, daß die Menschheit solchen Gegnern gerüstet gegenübersteht. Die moderne Medizin hält die Waffen bereit. Sie seien in folgendem genannt, damit jeder an seinem Teil sie gebrauchen kann.

Das Wichtigste für die Heilung der Katarrhe ist, wie Prof. Dr. Gerber in der „Zeitschrift für Ärztliche Fortbildung“ ausführt, absolute Stimmruhe. Nur Schweigen oder die ausschließliche Benutzung der Stimmersprache stellt die Stimmritze ruhig. Gurgelungen erreichen ebenwienig den Kehlkopf, wie der Rachenrachen. Im ersten Beginn verordne man Aspirin, Jodwasser, nötigenfalls Beiruhe, Behandlung des meist gleichzeitigen Nasen-, Rachenkatarrhs, vor allem auch Bekämpfung etwa vorhandener Euphorie. Hat sich die Stimme in einig u Tagen nicht gebessert, lauwarme Inhalationen von physiologischer Kochsalzlösung, Emsen, Oberkältebrühen und ähnlichen Mineralwässern. Auch die vielbeliebten Emsen Pastillen, u. a. dienen zur Unterstützung. Sind Hals und Rachen wieder in Ordnung, etwaige Allgemeinerscheinungen gewöhnen und besteht die Heiserkeit dennoch, über die zweite bis dritte Woche fort, so tritt die örtliche Behandlung in ihr Recht. Meistens wird die andauernde Injektion und Schmelzung der Stimmritze zu bekämpfen sein. Hier sind Einblasungen von Kalomel, Eingießungen von 5-10prozentigem Mentholöl wertvoll.

Die auf trockenen Katarrhen beruhende Heiserkeit kann man nur insoweit zu beheben hoffen, als man ihre Ursachen beseitigen kann. Das trifft vor allem für diejenigen zu, die durch die behinderte Nasenatmung bedingt sind, und der Arzt, der Heiserkeit beseitigen will, muß es sich zur Regel machen, auch Nase und Rachenraum zu untersuchen. Nischelvergrößerungen, Polypen u. a. müssen also zunächst beseitigt werden, ehe eine Bekämpfung der trockenen Katarrhe mit Aussicht auf Erfolg in Angriff genommen werden kann. Sehr häufig sind die Nebenhöhlen der Nase der Ausgangspunkt besonders der „trockenen Katarrhe“, und ihre Affektionen müssen dann zunächst beseitigt werden. Die Behandlung der trockenen Katarrhe ist besonders die Temäre der Inhalationskuren. Direkte Inhalationen an Einzelapparaten, Aufstehen im „Dunstsaum“ und an Gradierwerken schaffen seit immer zum mindesten große subjektive Erleichterungen und auch oft länger anhaltende Besserungen. Die Aurore, die für alle Katarrhe der oberen Luftwege in erster Reihe in Frage kommen, sind z. B. Ems, Salzbrunn, Soden, Reichenhall. Zur medikamentösen Behandlung eignen sich am besten jodhaltige Lösungen, mit denen man die Nasen-, Rachen- und Kehlkopfshleimhaut gründlich bearbeitet. Ist die Nase der Ausgangspunkt oder doch stark beteiligt, so muß vor allem die Tätigkeit ihrer Schleimdrüsen wieder angeregt werden, und das erreicht man am besten durch die Jampomassage der Schleimhäute. Am wirksamsten für alle diese Zustände ist die Kombination von vorausgehender Durchspülung der Schleimhäute mit nachfolgender örtlicher Behandlung. So Aurore nicht aufgesucht werden können, tun auch die einfachen Inhalationsapparate, nicht zu warm und überhaupt nicht feucht (mit herausgestrahlter Zunge) ihre Schuldigkeit.

Locales und Provinzielles.

Schierlein, den 11. März 1919.

* Gemeindevorsteheritzung. In der auf Montagabend anderamtl gewesenen Sitzung waren unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Schmidt die Gemeindevorordneten Moser, Schäfer G. S. II und III, Roth, Ger, Striller, Roffel, Schönmeyer, Schmidt, Kahn, Clerk, Bird, Klein und vom Gemeindevorstand S. R. Dr. Baperthal anwesend.

Ueber die Erledigung der einzelnen Punkte der Tagesordnung berichten wir das Nachstehende:

1. Antrag des Lokal-Gewerbe-Bereins auf Gewährung eines Zuschusses.

Der Gewerbeverein bittet um Erhöhung des jährlichen Zuschusses von 550 Mk. auf 750 Mk. Der erhöhte Zuschuß ist bedingt durch die vollständige Wiederaufnahme des Schulbesuches und die erhöhten Ausgaben für das Lehrpersonal.

Der Antrag wurde genehmigt.

2. Genehmigung der Brennholzversteigerung vom 10. Februar 1919.

Die Versteigerung brachte einen Erlös von 6890,50 Mk., diese wurde genehmigt, da die Preise als angemessen erachtet wurden.

3. Bewilligung eines Kredits zur Ausführung von Notstandsarbeiten.

Zur Ausführung der Notstandsarbeiten, wie Instandsetzung der Gemeinde-Riesgrube, Ausbau eines Steinbruchs, Instandsetzung der Wege und dergl. ist ein

Kredit von 2000 Mk. notwendig. Trotzdem die vorgelegenen Mittel bereits aufgebraucht sind, wird, da es sich um Beschäftigung der Arbeitslosen handelt, die Genehmigung erteilt.

G. V. Schäfer II regte bei dieser Gelegenheit den weiteren Ausbau der Kanalisation an, auch diesem soll entsprochen werden, sofern die Materialbeschaffung es gestattet.

4. Beschlußfassung über ein Gesuch um Gehalts-erhöhung.

Dieser Punkt wurde genehmigt.

5. Wahl einer Kommission zur Beratung und Aufstellung des Haushaltsvoranschlags.

Gewählt wurden durch Zuruf die Herren J. Moser, Schönmeyer und Westphal.

** Die am Sonntag vom hiesigen Männergesang-Verein abgehaltene General-Versammlung war von 33 Mitgliedern besucht. Nachdem der Vorsitzende Frau die Erschienenen begrüßt hatte, gedachte er mit kurzen Worten der im Kriege gefallenen und verstorbenen Mitglieder 11 bezw. 15 an der Zahl, deren Namen verlesen wurden. Zu Ehren derselben erhoben sich die Versammelten von ihren Sitzen. Der Schriftführer Römer und der Kassierer Waulhardt erstatteten ihre Berichte. Das Barvermögen des Vereins beträgt zur Zeit Mk. 160,91. Nach der Entlassung des Vorstandes schritt man zur Neuwahl desselben, das folgende Ergebnis hatte: J. Rau, 1. Vorsitzender, P. Jürgens, 2. Vorsitzender, P. Römer, Schriftführer, A. Lohm, Kassierer, Besitzer die Herrn Feinr. Bird, Joh. Burkhart, Wilh. Heim, R. Opler, und W. Schneider, Requisiteur und Vereinsdiener Gustav Becker, 1. Jagdenträger Wilh. Schmidt, als dessen Vertreter Aug. Hell. Bei Punkt Verschiedenes entspann sich eine lebhafte Debatte über die Wiederaufnahme der Gesangstunden. Nach manchem Für und Wider wurde beschlossen, die Gesangstunden am nächsten Mittwoch wieder beginnen zu lassen und zwar sollen vorerst die alten Volkslieder durchgeungen werden. Bis zum Herbst hofft man wieder unter Herrn Jacobis bewährter Leitung singen zu können. Sodann wurde ein Schreiben des Arb.-Ges.-Vereins „Harmonie“ verlesen, in dem ein Zusammenschluß aller Schierheimer Gesangvereine angeregt wird. Die Versammlung war nicht abgeneigt, dieser Anregung näherzutreten und beauftragte den Vorstand, einer diesbezüglichen Besprechung beizuwohnen. Sie ließ aber keinen Zweifel darüber, daß politische Bestrebungen irgend welcher Art unter keinen Umständen in den Verein hineingetragen werden dürfen. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten besprochen worden waren, schloß Herr Rau die Versammlung mit dem Wunsche, daß sich die Mitglieder jetzt wieder recht zahlreich an den Übungsabenden beteiligen und fortwährend neue Mitglieder werben möchten, damit der Verein wieder zu seiner alten Höhe emporkomme.

** Verhaftet wurde hier ein aus Ostpreußen stammender Mann, der seine Frau mißhandelte und den dazwischentreitenden Schwiegervater mit Eisen beschloß. Vöhrler machte Anzeige bei der hiesigen Polizei, die umgehend die f. z. Militärbehörde von der Sache verständigte. Diese schritt sofort zur Verhaftung des rabinen Chemanns und nahm eine Hausdurchsuchung vor, bei der mehrere Schlegewaffen und Munition zu Tage gefördert wurde.

* Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Durch Verordnung der Reichsregierung ist für das Handelsgewerbe an Sonn- und Feiertagen die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern verboten worden. In Handelskreisen besteht nun vielfach die Auffassung, als ob diejenigen Geschäfte, die keine Angestellten beschäftigen, ihren Betrieb an den Sonn- und Feiertagen offen halten dürfen. Das ist irrig, denn nach § 41a der Gewerbeordnung darf in offenen Verkaufsstellen ein Gewerbebetrieb nicht stattfinden, soweit die Beschäftigung von Gehilfen usw. verboten ist. Nach dieser Bestimmung müssen an den Sonn- und Feiertagen auch diejenigen Geschäfte geschlossen werden, die keine Angestellten beschäftigen. Die Verordnung tritt am 1. April in Kraft.

* Ziegenkämmer. Im März werden die jungen Ziegenkämmer geboren. Die Besitzer von Mutterziegen werden dadurch schon vom März ab auf eine angenehmere Nahrungsmittelversorgung rechnen können, da die Zeit der erhöhten Milchabgabe mit dem Lammeneintritt. Bekanntlich ist Ziegenmilch ihres hohen Fettgehalts wegen noch nahrhafter als Kuhmilch. Da hinsichtlich der Fütterung der Tiere durch das kommende Grünfutter weniger Sorge besteht als im Winter, ist demnach der Besitzer einer Ziege in gegenwärtiger Zeit gut aufgehoben. Die jungen Ziegenmutterkämmer sollte man nicht schlachten, sondern aufziehen, da sie einerseits beim Verkaufe jetzt einen guten Preis bringen und weil andererseits damit eine nützbringende und verdienstvolle Förderung der Kleintierzucht und ihrer Rückwirkung auf die Verbesserung unserer Ernährung erreicht wird.

* Wiesbaden. (Französisches Militär-Polizeigericht Wiesbaden-Land). Mit einem gefälschten Reisepaß wurde eines Tages von einer französischen Patrouille der Arbeiter Jos. Klein aus Hochheim angehalten. Der Paß zeigte nicht nur den von der französischen Behörde genehmigten Ort Mainz, sondern es waren noch einige andere Ortschaften darauf verzeichnet, wie Höffel, Biedrich, Delkenheim, Erbenheim. Klein gab bei seiner Vernehmung an, daß er den auf der Bürgermeisterei Hochheim beschäftigten Schreiber Jakob Siegfried darum gebeten habe, dem nach Mainz lautenden Paß noch mehrere Orte hinzuzufügen, da er in diesen sich auch nach Arbeit umsehen wollte, weil er arbeitslos war. Siegfried war sofort da-

zu bereit, da ihm bekannt war, daß deraelichen schon öfters mit Wissen des Beigeordneten Korschorik geläufig worden war. Wegen dieser Falschungen hatten sich heute der Bürgermeister von Hochheim Arzbächer, der Beigeordnete Korschorik und der Schreiber Siegfried vor dem Gericht zu verantworten. Arzbächer selbst wußte, wie er zugab, davon, daß Pässe „erweitert“ wurden, selbst hatte er aber dazu keinen Auftrag gegeben. Der Beigeordnete war, wie die Verhandlung ergab, ebenfalls über die Milderung der Pässe informiert, glaubte aber, daß dies angängig sei, da sich die Erweiterung meistens auf Ortschaften im Landkreise Wiesbaden bezog und glaubte damit nicht gegen Gesetz und Recht zu verstoßen. Das Gericht verurteilte Korschorik zu einer Geldstrafe von 200 Mk. bzw. 30 Tagen Gefängnis, Bürgermeister Arzbächer wurde, da er es an der genügenden Ueberwachung bei der Ausstellung der Ausweise hatten lassen, in eine Geldstrafe von 50 Mk. bzw. 10 Tage Gefängnis genommen. Siegfried, der gestanden, diesen Paß und noch andere gefälscht zu haben, erhielt ebenfalls 50 Mk. Geldstrafe bzw. 10 Tage Gefängnis und Klein traf dieselbe Strafe.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Xe. Armée
District de Wiesbaden
Cercle de Wiesbaden
(Campagne).

1330/A.

Bekanntmachung.

Der Administrateur militaire de Cercle de Wiesbaden (Campagne) gibt hiermit bekannt, den ämtlichen Briefverkehr mit dem unbefehlten Deutschland auf das Mindestmaß einzuschränken, da nur ein gewisser Prozentsatz befördert werden darf. Die ämtlichen Behörden, wie Landratsamt, Bürgermeisterämter und Polizeiverwaltungen werden ersucht, sich nach diesen Vorschriften zu richten. Sollten trotz dieser Bekanntmachung noch so viele Briefe hier einlaufen, so wird der Briefverkehr mit dem unbefehlten Deutschland überhaupt eingestellt werden. Jede Behörde darf höchstens 2 Briefe täglich nach dem unbefehlten Deutschland schicken.

Wiesbaden, den 11. März 1919.

Le Lt. Colonel Fabre
Administrateur militaire du cercle de Wiesbaden
(Campagne)

Xe. Armée
District de Wiesbaden
Cercle de Wiesbaden
(Campagne).

1331/A.

Bekanntmachung betreffend Befichtigung der Fabriken.

1) Diejenigen Zivil- und Militärpersonen, die im Besitz eines Ausweises entweder des Kommandierenden Generals der 10. Armee oder der Wirtschaftsabteilung der 10. Armee sind, sind berechtigt, jede Fabrik zu befichtigen. Die Direktoren sind verpflichtet, ihr Möglichstes zu tun, um die Befichtigungen zu erleichtern.

2) Den Industriellen ist es freigestellt, ihre Werke durch Vertreter der Industriellen oder Kaufleute der alliierten Nationen, mit welchen sie in Verbindung stehen, befichtigen zu lassen.

3) In allen Fällen, mit Ausnahme der unter 1 genannten, sind die Industriellen nicht verpflichtet, ihre Werke befichtigen zu lassen.

Wiesbaden, den 11. März 1919.

Le Lt. Colonel Fabre
Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden
(Campagne).

Betr. Ausgabe von Gerstenmehl.

Die Ausgabe von Gerstenmehl für Kinder und Kranke findet Freitag Vormittag von 9—10 Uhr gegen Vorzeigung der Ausweise auf Zimmer 4 im Rathaus statt. Ein Pfund Gerstenmehl kostet 80 Pfg. Die Beträge sind unbedingt abgezahlt mitzubringen und die eingelegte Zeit genau einzuhalten.

Als verloren ist gemeldet:

1 schwarze Handtasche mit Inhalt.

Abgegeben auf Zimmer 1 des Rathauses.

Schierstein, den 13. März 1919.

Der Bürgermeister: Schmidt.

Bekanntmachung.

Bis zur endgültigen Regelung und Bekanntmachung der Bestimmungen betreffs Einfuhr aus den verbündeten oder neutralen Ländern in die rheinischen Gebiete gelten folgende Verfügungen:

1. Anfragen betreffend Versand aus den verbündeten oder neutralen Ländern nach den Rheinlanden sind dem Interalliierten Wirtschafts-Comité Luxemburg zu unterbreiten.



Wasserdicht und nicht abfärbend

werden Ihre Schuhe bei fortlaufendem Gebrauch von Dr. Gentner's Oelwachslederputz

Nigrin

— Stets gleichmäßig in Qualität —

Murde während des ganzen Krieges an Oelwachsware geliefert, also keine abfärbende Wassercreme. — Auch bei strengster Kälte garantiert frostsicher. —

Hersteller, auch d. so beliebten Parkettboden- u. Linoleumwachs: Robert: Carl Gentner, Göttingen.

2. Der Handelsverkehr zwischen Luxemburg und Lothringen wird vor der Hand, soweit die Ausfuhr von Luxemburg nach Lothringen in Frage kommt, durch das Interalliierte Wirtschafts-Comité genehmigt; die Ausfuhr von Lothringen nach Luxemburg genehmigt die Kommission des Dégagements Straßburg.

Alle derartige Gesuche (mit Ausnahme von solchen, die durch die Eisenbahndirektionen gestellt werden), müssen den betreffenden Kommissionen durch Vermittlung des örtlichen französischen Administrateurs zugestellt werden.

Ferner hat das Interalliierte Wirtschafts-Comité, bis endgültige Anweisungen in der Frage erfolgen, bestimmt, daß die Einfuhr aus den neutralen oder verbündeten Ländern des für Post, Telegraph, Telephon oder die Eisenbahn in den besetzten Ländern notwendigen Materials vorläufig ohne besondere Genehmigung in die besetzten Gebiete gestattet ist.

Mainz, den 10. März 1919.

Preussische und Hessische Eisenbahndirektion.

Schiersteiner Unterstützungsbund.

Am Mittwoch, den 19. ds. Mts., abds. 8 Uhr, findet im Gasthaus „Sonnenhof“ die diesjährige ordentliche

Mitgliederversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Rapportbericht und Festsetzung des Beitrages.
3. Bericht der Rechnungsprüfer.
4. Verzehonorar und Satzungsänderung.
5. Wahl der auscheidenden Vorstandsmitglieder.
6. Wahl der Rechnungsprüfer.
7. Verschiedenes.

Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 30. Jan. 1919 betr. Auszahlung der Entlassungs-, Marsch-, Wohnungs- und Verpflegungsgelder kommen in den angegebenen Tagen nur folgende Kontrollnummern zur Auszahlung:

Mittwoch, den 12. März 1919	7001—7100
Donnerstag, den 13. März 1919	7101—7200
Freitag, den 14. März 1919	7201—7300
Samstag, den 15. März 1919	7301—7400
Montag, den 17. März 1919	7401—7500
Dienstag, den 18. März 1919	7501—7600
Mittwoch, den 19. März 1919	7601—7700
Donnerstag, 20. März 1919	7701—7800
Freitag, den 21. März 1919	7801—7900
Samstag, den 22. März 1919	7901—8000
Montag, den 24. März 1919	8001—8100
Dienstag, den 25. März 1919	8101—8200
Mittwoch, den 26. März 1919	8201—8300
Donnerstag, den 27. März 1919	8301—8400
Freitag, den 28. März 1919	8401—8500
Samstag, den 29. März 1919	8501—8600
Montag, den 31. März 1919	8601—8700
Dienstag, den 1. April 1919	8701—8800
Mittwoch, den 2. April 1919	8801—8900
Donnerstag, den 3. April 1919	8901—9000
Freitag, den 4. April 1919	9001—9100
Samstag, den 5. April 1919	9101—9200
Montag, den 7. April 1919	9201—9300
Dienstag, den 8. April 1919	9301—9400
Mittwoch, den 9. April 1919	9401—9500
Donnerstag, den 10. April 1919	9501—9600
Freitag, den 11. April 1919	9601—9700
Samstag, den 12. April 1919	9701—9800
Montag, den 14. April 1919	9801—9900
Dienstag, den 15. April 1919	9901—10000

Raffensunden vormittags 8.30—1 Uhr, Vertramstraße 3, Erdgeschoss, Zimmer 25.

Andere Kontrollnummern wie hier aufgeführt, können grundsätzlich nicht ausbezahlt werden.

Militärpapiere sind mitzubringen.

Wiesbaden, den 8. März 1919.

Kontrollamt Wiesbaden.

Geld an private Geschäftskonten usw. besorgt g. Eichr. bllig
Joh. Andrac, Viebrich, Rathausstr. 11, S. p. 9—7 S. 9—2.

Insertieren bringt Gewinn!

1000 Buchenwellen

hat fuhrweise abzugeben
Karl Triefing,
Wambach,
Post Schlangenbad.
Bei Bestellungen genügt
Postkarte.

Puddelkarren

zu verkaufen.
Joh. Martin,
Wiesbadenerstr. 24

Alleinstehende Person sucht

2-Zimmerwohnung

auf den 1. April oder später
Möb. in der Geschäftshalle

Ein braver, ordnungs-
liebender

Junge

mit guter Schulbildung kann
gegen Lohn bei uns in die
Lehre treten.

Schiersteiner Zeitung

Ein fleißiges, ehrliches

Mädchen

gesucht.
Frau W. Heim,
Bierweg.

Ia. Steckwiele

(frühe Zillauer)

zu verkaufen

Gärtnerei W. Heim,
Bierweg.

Zur gefl. Kenntnis!

Meine neu errichtete Annahmestelle für

Herren-Stärkewäsche

wie Kragen, Manschetten, Vorhemden,
Hemden etc. befindet sich bei

Friseur Welsch, Wilhelmstr. 85.

Dortselbst werden auch Gardinen
zum Waschen, Stärken und Spannen an-
genommen, ebenfalls alle Leib-, Tisch-
und Hauswäsche.

Lieferzeit von Woche zu Woche
Lieferzeit für die Stärkewäsche
von Samstag bis Samstag.

Dampfwasch-Anstalt Abtlg. Stärkewäsche,
Noll-Hussong, Wiesbaden.

Meiner werten Kundschaft zur gefl. Nachricht
dass ich weiter Wäsche aller Art zum
Waschen und Bügeln annehme für die

Dampfwascherei „Schwan“

Dortheim bei Wiesbaden,

bei schnellster, guter und pünktlicher Lieferung.
Wunsch Abholung und Zustellung frei Haus. Erstklassig

Gardinen-Spannerel.

Auch bringe ich meine Annahme von

Kleidern zum Färben und Reinigen
in empfehlende Erinnerung.

Frau Wehnert, Mittelstrasse 3, I.

Für unsere Büros und Werkstätten
nehmen wir

Lehrlinge

an. Wir bitten um schriftliche Bewerbungen

Stahlwerk Schierstein.

Holzversteigerung.

Am Montag, den 17. d. Mts., 9 Uhr vormittags
beginnend, wird in den Distrikten 6 und 7 Bodensee
17 Stämme 19a und 20a Pfaß nachfolgender
Art und Brennholz öffentlich meistbietend an Ort
Stelle versteigert:

1. Eichen: 5 Stämme von 9 fm.
2000 Stangen VI. Kl. (Bohnenstangen)
8 fm. Schichtungholz
2. Buchen: 220 rm. Scheit
23 „ Knüppel
2800 „ Wellen
3. Birken: 1 Stamm von 0,65 fm.
18 Stangen I. Kl.
6 fm. Knüppel
1700 Wellen.
4. Nadelholz: 18 rm. Scheit und Knüppel
26 Stangen I. Kl., 110 II., 350
770 IV., 790 V. und 1950 VI.

Für Eichen- und Birken-Stämme werden
Käufer zugelassen.

Sammelplatz für Käufer: Gasthaus Rheinfeld

Schierstein, 12. März 1919.

Der Bürgermeister: Schmidt